

## ***Anmerkungen zu einzelnen Stichworten im Zeitstrahl zum Ukraine-Konflikt***

### **Genscher/Baker/Kohl: Keine Nato-Ost-Erweiterung**

**Genscher auf der Pressekonferenz am 2.2.1990** in Washington: „Wir sind uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten.“

**Baker gegenüber Gorbatschow am 9.2.1990:** „Es ist nicht nur für die Sowjetunion, sondern genauso für die europäischen Staaten wichtig, Garantien zu haben, dass wenn die USA im Rahmen der Nato Stellungen in Deutschland beziehen, nicht ein Zoll der militärischen Rechtsprechung der Nato nach Osten hin ausgedehnt wird.“

**Kohl gegenüber Gorbatschow am 10.2.1990:** „Wir denken, dass die Nato ihren Bereich nicht erweitern sollte.“

Aus der **Nato-Russland Grundakte:** Die NATO und Rußland betrachten einander nicht als Gegner (...). Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Sicherheit aller Staaten in der euro-atlantischen Gemeinschaft unteilbar ist, werden die NATO und Rußland zusammenarbeiten (...) Die NATO wiederholt, daß das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, daß es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als daß es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.

### ***Memorandum von Bukarest***

Nach der Unabhängigkeit erbten Weißrussland, Kasachstan und die Ukraine einen Großteil des sowjetischen Atomwaffenarsenals. Diese drei neuen Staaten unterzeichneten 1994 das Budapester Memorandum mit den Vereinigten Staaten, Russland und dem Vereinigten Königreich. Die Großen Drei verpflichteten sich, deren Grenzen zu garantieren, während die Kleinen Drei sich verpflichteten, alle ihre Atomwaffen nach Russland zu bringen und sich an den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu halten. Zwischen 2014 und 2022 beantragte die Ukraine viermal eine Neuverhandlung des Budapester Memorandums.

### **Nato-Ost-Erweiterungen**

1999: Polen, Tschechien, Ungarn

2004: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowakei, Slowenien

2009: Kroatien, Albanien

2017: Montenegro

2020: Nordmezedonien

### ***Initiative Chirac***

Ende 2006 unterbreitete Frankreichs Präsident Chirac Russland den Vorschlag einer Ukraine-Neutralität, die vom NATO-Russland-Rat hätte garantiert und überwacht werden können. Die russische Seite signalisierte Interesse. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice lehnte den Vorschlag ab.

### ***Steinmeier Stufenplan***

Steinmeiers Stufenplan von 2016 zur Umsetzung des Minsker Abkommens sah vier Schritte vor:

- Durchführung von Wahlen in der DNR und LNR unter Aufsicht der OSZE
- Vorübergehende Selbstverwaltung in den Oblasten Donezk und Lugansk
- Verankerung des Sonderstatus des Donbass in der Verfassung der Ukraine
- Übertragung der Kontrolle über die Grenze zu Russland an Kiew

Dieser Stufenplan hätte mit einigem guten Willen seitens der Kiewer Regierung eine friedliche Konfliktlösung unter Wahrung der territorialen Einheit des Landes (mit Ausnahme der Krim) ermöglicht. Die Ukraine wäre ein unabhängiger, neutraler kantonaler Verfassungsstaat nach Art der Schweiz geworden, mit Reintegration der Regionen Donezk und Lugansk, in dem die Vielfalt der unterschiedlichen Ethnien und Kulturen gleichberechtigt miteinander leben sollten.

### ***Initiative Putin***

Im Dezember 2021 versuchte Russland noch einmal eine neue vertragliche Übereinkunft mit Nato und USA über beiderseitige Sicherheitsgarantien nach den Prinzipien der Europäischen Sicherheitscharta zu erreichen. Zentrale Vertragselemente waren:

- Verzicht der Ukraine auf eine Nato-Mitgliedschaft
- Keine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten (d.h. Russland akzeptiert die bisherige Nato-Ausdehnung und Mitgliedschaft der osteuropäischen Staaten)
- Keine NATO-Militärmanöver nahe der russischen Grenze, keine russischen Militärmanöver nahe der Grenze zu NATO-Staaten
- Keine Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in Europa, also auch nicht im europäischen Teil Russlands
- Keine Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Landes, was auch einen Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Europa bedeuten würde
- Keine Bomber so nahe an der Grenze des anderen patrouillieren lassen, dass ein Angriff möglich wäre
- Keine Kriegsschiffe so dicht an die Grenze des anderen bringen, dass sie ihn mit Raketen angreifen könnten
- Rückkehr zur NATO-Russland- Grundakte, die eine dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa verbietet

In ihren Antwortschreiben vom Januar 2022 lehnten USA und Nato diese Vorschläge rundweg ab.

### ***Selenski Rede (Münchener Sicherheitskonferenz - MSC)***

Präsident Selenskyj erklärte bei der Jahrestagung des MSC in München am 19. Februar 2022: „*Ich, als Präsident, werde es zum ersten Mal tun. Aber die Ukraine und ich tun es zum letzten Mal. Ich leite Konsultationen im Rahmen des Budapester Memorandums ein. Der Außenminister wurde beauftragt, sie einzuberufen. Wenn sie nicht wieder stattfinden oder wenn ihre Ergebnisse die Sicherheit unseres Landes nicht garantieren, wird die Ukraine berechtigt sein zu denken, dass das Budapester Memorandum nicht funktioniert und dass alle globalen Entscheidungen von 1994 in Frage gestellt werden.*“

Damit stellte er eine gegen Russland gerichtete Atombewaffnung der ukrainischen Streitkräfte in Aussicht. Die Nato nahm das (unkommentiert-zustimmend) zur Kenntnis, zumal eine solche Aussage ohne Rückendeckung aus Washington nicht möglich gewesen wäre. Und niemand protestierte gegen diese Ansage einer Verletzung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Leiter der internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Rafael Grossi, am 25. Mai auf dem WEF-Treffen in Davos nebenbei, dass die Ukraine 30 Tonnen Plutonium und 40 Tonnen angereichertes Uran in ihrer Anlage des Kernkraftkomplexes Saporoschje/Energodar gelagert habe. Das Kraftwerk wird seit dem 26. Februar von der russischen Armee kontrolliert.